

Kali-Streit

# Ministerium hält Weisung für bindend

**GIESEN.** Das Innenministerium des Landes hat in einer Stellungnahme an den Landkreis die Weisung von Umweltminister Olaf Lies, das Einvernehmen im Kalistreit zu erteilen, unterstützt. Der Landrat dürfe und müsse, der Einschätzung des Ministeriums nach, die wasserrechtliche Erlaubnis von Seiten der Kreisverwaltung aus erteilen – auch entgegen eines eventuellen Beschlusses des Kreistags. Die Mehrheitsgruppe dort hat sich deswegen an den Landtag gewandt. **»SEITE 10**

Innenministerium meint, dass die Kreisverwaltung der Weisung des Umweltministers folgen muss / Die Frist dafür läuft Dienstag ab

# Landrat Levonen soll das letzte Wort im Kalistreit haben

Von Björn Stöckemann

**HILDESHEIM/HANNOVER/GIESEN.** Die Zeichen stehen auf Sturm. Noch bevor der Kreistag zu seiner nächsten Sitzung zusammenkommt, könnte eine Entscheidung im Kalistreit gefallen sein. Dieses vielleicht finale Machtwort muss eventuell ein Mann sprechen.

Nachdem der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies im Kalistreit eine Entscheidung von der Kreisverwaltung gefordert hat (der KEHRWIEDER berichtete), tagt der Kreistag, welcher diese Entscheidung an sich gezogen hat, erst am 6. Dezember. Dann wäre die Frist bis kommenden Dienstag, 20. November, bereits lange abgelaufen.

Die Kreistagsmehrheit unter Führung der Fraktionschefs von SPD beziehungsweise CDU, Klaus Bruer und Friedhelm Prior, wirft Lies vor, die verfassungsgemäßen Rechte des Kreistags und seiner Abgeordneten zu missachten und in die kommunale Selbstverwaltung einzugreifen. Die Mehrheitsgruppe will das Einvernehmen über die wasserrechtliche Erlaubnis, welche das Unternehmen Kali und Salz (K+S) mit Sitz in Kassel benötigt, um das Hartsalzbergwerk Siegfried-Giesen wieder in Betrieb nehmen zu können, nicht erteilen. Die Abgeordneten werfen K+S vor, nicht ausreichende und unvollständige Unterlagen vorzulegen und dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, welches hauptsächlich für das Planfeststellungsverfahren zuständig ist, verschiedene Aspekte verknüpft zu haben. Auf dieser Grundlage könnte der Kreistag keine beziehungsweise nur eine negative Entscheidung treffen.

Möglicherweise müssten die Abgeordneten aber keine Ent-



Auf Konfrontationskurs und zwischen den Fronten: Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies von der SPD will eine Entscheidung. Die Kreistagsfraktionschefs von SPD und CDU, Klaus Bruer Friedhelm Prior, sehen sich in ihren Rechten bedroht. Landrat Olaf Levonen gerät darüber jetzt in Zugzwang (von links). **FOTOS: STÖCKEMANN (1)/STUMPE (2)/FUHRHOP (1)**

scheidung treffen. „Weisungen binden grundsätzlich das für die Angelegenheit zuständige Organ“, teilt das Niedersächsische Innenministerium auf KEHRWIEDER-Anfrage mit und beruft sich auf das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG).

## Die Weisung des Ministers wird den Vorgaben nicht gerecht

Kreisfraktion von SPD und CDU

Das „zuständige Organ“ wäre, nach Interpretation des Innenministeriums, „die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte“, also in diesem Fall Landrat Olaf Levonen. Dieser hätte Weisungen der Kommunal- und der Fachaufsichtsbehörden (in diesem Fall das Umweltministerium) auszuführen.

Entscheidend ist dabei: „Die Pflicht, eine derartige Weisung umzusetzen, besteht auch dann, wenn die Vertretung oder der

Hauptausschuss zuständig ist oder sich die Zuständigkeit vorbehalten haben sollte.“ Heißt: Das letzte Wort spricht der Landrat und der muss der Anweisung des Umweltministers folgen.

Eine Einschränkung nennt das Innenministerium in seiner Stellungnahme allerdings: Der Landrat muss der Weisung folgen, „soweit dabei kein Ermessensspielraum gegeben ist“. Das Innenministerium sieht „so, wie die Weisung formuliert ist“, diesen Ermessensspielraum nicht gegeben. Das Umweltministerium selbst war bis Redaktionsschluss nicht für eine Stellungnahme zu erreichen.

Die Kreistagsfraktionen von SPD und CDU haben sich darauf zusammen an die SPD- und CDU-Fraktionen im Landtag gewandt. „Die Weisung des Umweltministers wird den Vorgaben des Gesetzes nicht gerecht“, schreiben sie. Eine Weisung sei nach NKomVG zwar möglich, in diesem Fall aber unverhältnismäßig und unbegründet.

K+S wolle schließlich, schreibt die Mehrheitsgruppe, erst in den kommenden Jahren entscheiden, ob die Wiederinbetriebnahme wirtschaftlich sei. Drängend sei die Entscheidung

deshalb nicht. Da das Verhalten des Kreistages bisher rechtlich nicht beanstandet sei, würden die Abgeordneten lediglich pflichtgemäß ihr Mandat ausführen.

Ob und wie die Landtagsfraktionen auf das Schreiben reagieren, ist nicht abzusehen. Der

Ob die Landtagsfraktionen noch Gelegenheit haben, sich einzuschalten, bleibt ebenfalls abzuwarten. Die Zuständigen im Kreishaus halten sich bedeckt. „Der Landkreis äußert sich in der Angelegenheit K+S nicht. In der nächsten Woche kann eine Stellungnahme in Aussicht

## Die Pflicht, eine Weisung umzusetzen, besteht auch dann, wenn die Vertretung oder der Hauptausschuss zuständig ist

Niedersächsisches Innenministerium

SPDler Markus Brinkmann hat sich bisher eindeutig für die Wiederinbetriebnahme ausgesprochen, das langwierige Verfahren kritisiert und sich der Initiative „Pro Schacht“ angeschlossen.

Christdemokratin Laura Rebuschat ließ zumindest durchblicken, dass sie das Verhalten der Hildesheimer Kommunalpolitiker nicht grundsätzlich falsch findet. Bernd Lynack und Volker Senftleben von der SPD haben sich bisher kaum zu der Thematik geäußert.

gestellt werden“, heißt es auf Anfrage.

Das Umweltministerium will eine positive Entscheidung. Der Kreistag stellt zum jetzigen Zeitpunkt nur eine negative Entscheidung in Aussicht. Die Kreisverwaltung von Landrat Levonen sitzt zwischen den Stühlen, zwischen Weisung und Beschluss. Aber egal, ob zwischen den Stühlen oder fest im Sattel, in Hildesheim und Hannover, Giesen und Kassel dürften momentan einige auf heißen Kohlen sitzen.